

Gesalzene Rechnung für Tschechiens Solarstrom-Boom

Regulierungsbehörde sucht nach Schuldigen

Eine zu grosszügige und unflexible Subventionspolitik hat in Tschechien zu einem beispiellosen Solarstrom-Boom geführt. Dieser schlägt inzwischen auf die Preise. Der staatliche Regulator hat nun mit einer Strafanzeige Staub aufgewirbelt.

Rudolf Hermann, Prag

Tschechien und Solarstrom, das ist nicht unbedingt eine Kombination, die auf der Hand liegt. Das mitteleuropäische Land ist nicht bekannt dafür, dass hier die Sonne länger und intensiver scheint als bei den Nachbarn. Doch mit einer installierten Produktions-Spitzenkapazität von 2114 MWp (Megawatt Peak), ist Tschechien eine europäische Solar-Grossmacht.

Verlockende Aussichten

Der Grund dafür liegt in einer grosszügigen Förderpolitik aus der Mitte des letzten Jahrzehnts. Unter dem Eindruck weitgehender Abhängigkeit von Russland bei fossilen Energieträgern wurde Diversifizierung und «Vergrünung» angestrebt. Die Grundidee bestand darin, die Bevölkerung zu animieren, sich Photovoltaik-Anlagen auf die Dächer zu montieren. Doch des Feldes bemächtigten sich zunehmend grössere Spieler. Ganze Wiesen wurden mit Solaranlagen zugepflastert, weil vorteilhafte und auf lange Frist gewährte Solarstrom-Einspeisevergütungen allen, die das nötige Kleingeld mitbrachten, den Bau einer Photovoltaik-Anlage als verlockende Investition erscheinen liessen.

Der Trend verstärkte sich noch, als die Investitionskosten durch fallende Preise für Solarzellen markant zurückgingen, der günstige legislative Rahmen jedoch fast unverändert bestehen blieb. Das Gesetz sah vor, dass die garantierten Abnahmepreise pro Jahr höchstens um 5% reduziert werden könnten. War die Subventionspolitik ursprünglich darauf ausgelegt gewesen, die Amortisation einer Solaranlage innerhalb von 15 Jahren zu garantieren, so eröffnete sich geschickten Investoren bald die Perspektive, schon nach 6 Jahren schwarze Zahlen zu schreiben.

Als Folge der Subventionspolitik stieg die Anzahl installierter Anlagen von bloss 28 im Jahr 2007 auf rund 23 000 heute, die Kapazität von 3 MWp auf 2114 MWp. Erst 2011 reagierte dabei der Staat mit einer Reduktion der garantierten Einspeisevergütung von rund 50% für neu angeschlossene Anlagen.

Die Rechnung für den Solarstrom ist exorbitant. 44 Mrd. tKr. (2,2 Mrd. Fr.) hätten Konsumenten und Staat im Jahr 2013 für die Unterstützung der erneuerbaren Energien aufzubringen, rechnete die Wirtschaftszeitung «Hospodarske Noviny» unlängst vor. Von diesen Mitteln flössen 68% in die Photovoltaik, die ihrerseits aber nur 11,5% des Stroms aus erneuerbaren Quellen generiere.

Der überteuerte Solarstrom ist der Chefin der tschechischen Energie-Regulierungsbehörde (ERU), Alena Vitaskova, ein Dorn im Auge. Mit einer im Januar eingereichten Strafanzeige gegen Unbekannt will sie nun der Frage auf den Grund gehen, weshalb die Leitplanken für

die Solar-Subventionen seinerzeit so aufgestellt worden waren, dass es zu einem überproportionalen Boom kam. Laut «Hospodarske Noviny» hat die seit 2011 amtierende Vitaskova dabei das vorhergehende ERU-Management im Auge.

Warten auf Klarheit

Ihr Amtsvorgänger Josef Firt verteidigte sich jedoch gegenüber Medien mit den Worten, der Regulator habe sich immer entsprechend der geltenden Gesetzgebung verhalten. Firt kritisierte ebenfalls, dass zum Zeitpunkt, da der Preis von Solarzellen und damit der Erstellung von Solarkraftwerken deutlich nachgegeben habe, bei den Garantien für die Abnahmepreise keine entsprechenden Korrekturen vorgenommen worden seien. Dies sei aber dem tschechischen Parlament zuzuschreiben, das die Obergrenze für Reduktionen der Einspeisevergütungen definiert habe.

Kommentatoren hielten dazu fest, unter den Parlamentariern sei damals manch einer gewesen, der selbst im lukrativen Solar-Business tätig geworden sei. Mehr Klarheit dürfte in die Sache kommen, wenn detaillierte Resultate einer internen Prüfung, die von der neuen ERU-Chefin Vitaskova in Auftrag gegeben worden war, an die Öffentlichkeit gelangen.

Unsere Meinung dazu:

In Deutschland haben sich mit Beginn der subventionierten Förderung der Solarenergie die gleichen Probleme wie in Tschechien eingestellt und die Ankaufpreise für Solarstrom sinken laufend.

Es ist zu vermuten, Anzeichen sind vorhanden, dass sich in der Schweiz im Zusammenhang mit der Solarsubventionierung durch die swissgrid ag mit KEF ähnliche Verhältnisse einstellen werden.

*Die Lösung des Problems dürfte in einer Kombination der heute möglichen neuen Massnahmen der swissgrid ag durch ihre **massgeblichen zentralen Steuerungsmöglichkeiten** zu finden sein:*

Zu fordern ist daher

Erhöhung des Ankaufspreises der Solarenergie zu Gunsten der Energieproduzenten. (Investoren)

Es muss erreicht werden, dass der Abnahmepreis einer kaufmännisch gerechneten Rückführung der Solar- Investition Stand hält.

Diese Bedingung wird mit dem heutigen Angebot der swissgrid ag leider nicht erfüllt. Auch scheint noch keine vollständige Bereitschaft der EW zum Ankauf des Solarstromes zu kostendeckenden Bedingungen vorhanden zu sein –

dies wird sich wohl im Hinblick auf die der swissgrid ag erteilten neuen Befugnisse wohl verbessern lassen.

Nur mit Erhöhung des Stromabnahmeangebotes der EW bzw. der gwissgrid ag werden genügend Investoren zur landesweiten Flächendeckung mit Solaranlagen zu finden sein.

Verbunden damit ist die erforderliche generelle Anpassung des Strompreises.

Auch der Bezüger soll seinen Beitrag leisten- Reduktion oder Ersatz der Atomenergie kostet nämlich Geld!

Positiv hingegen scheint die Tatsache, dass in Zukunft wohl mit tieferen Anlagekosten und daher niedrigeren Produktionskosten gerechnet werden kann, was Solarenergie konkurrenzfähiger und populärer werden lässt.

So lange im eigenen Lande Solaranlagen gebaut werden können macht es wenig Sinn im Ausland solche Anlagen mit Schweizerkapital zu finanzieren (Siehe EWZ: „Milliarden vom Winde verweht“)